

Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Debit beträgt 1.60 Reichsmark, durch Post 2.10 Reichsmark u. 40 Pfennige Zustellgebühr. Schluss der Anzeigen-Nummern: Jeden Tag vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Aus Anlaß der Verabschiedung der Steuer-Gesetze hat der Reichspräsident an den Reichsminister der Finanzen v. Schlieffen und den Staatssekretär Dr. Fagel je ein Dankschreiben gerichtet, in dem er für den großen Dienst, den sie mit der Vornahme der großen Steuer-Gesetze des Reiches erwiesen haben, namens des Reiches herzlichen Dank und aufrichtige Anerkennung ausspricht. Auch den übrigen an der Vornahme beteiligten Beamten des Reichsfinanzministeriums hat der Herr Reichspräsident in anerkennenden Schreiben den Dank des Reiches ausgesprochen.

Der Reichsverband Deutscher Auswanderer (Sambura) hat eine Einmündung an den Reichstag gerichtet, in der eine bessere Regenerierung der Auswanderer und die Schaffung eines neuen zeitgemäßen Auswanderergesetzes verlangt wird. Die wirtschaftspolitische Bedeutung möglichst geschlossener deutscher Auswanderungsstellen müsse durch eine planmäßige Auswanderungspolitik für Deutschland ausgenutzt werden. Keine Deutschen dürfen im Ausland dem Vaterlande verloren gehen.

Der Steuerausschuß des Reichstages nahm am Montag nach längerer Debatte die Verordnung über die steuerliche Behandlung der Gläubiger in der Reichsfinanzreform an. Danach beträgt nunmehr die Einkommensteuer gegen bisher 40 Prozent nur noch 20 Prozent, und es wird nun ein-einfache Materialsteuer von 9 M. je Kilo-gramm (900 M. je Doppelzentner).

Im Reichsarbeitsministerium haben gestern Vermittlungsverhandlungen zum Streit im Bau-gewerbe statt.

Die Zahl der am Streik Beteiligten ist jetzt auf über 100 000 gestiegen. Wenn die Zeit noch nicht erfolgt Einigung in den nächsten Tagen erzielt wird, wollen die Arbeitgeber am Freitag die Generalstreikpermanenz auf Dauerbetriebe Deutschlands durchführen, womit etwa 600 000 Arbeiter arbeitslos würden.

Der in München-Gladbach ausgebrochene Textil-arbeiterstreik, der Montag früh 40 000 Arbeiter umfaßte, droht auf das ganze Reich überzugreifen. Auch in den übrigen nordwestlichen Textilfabriken sind Lohnstreikern aufzutreten, in Berlin be-tragen die Forderungen 20 Proz. Im Erkenntnis der Tatsache, daß die örtliche Arbeitseinstellung leicht zu einem Textilarbeiterstreik fürs Reich führen kann, hat der Reichsarbeitsminister sich zur Einleitung einer Vermittlungsinstitution be-reitigt.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion er-laubt in einem Antrag die Reichsregierung, im Einvernehmen mit den Länderregierungen dafür Sorge zu tragen, daß zweimal jährlich sämtliche Schüler der höheren Altersklassen in allen deut-schen Unterrichtsanstalten eingehend über die Ge-schichte des Vaterlandes in der Frem-de u. a. m. unterrichtet werden. Ein öffentlicher Antrag fordert einen Sieb-lungsplan für das Reichsgebiet öst-lich der Elbe.

Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Dr. Erich Zeigner, bekannt wegen Reichstagsarbeit und anderer Verrichten zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, ist nunmehr im Wege der Einzel-bekämpfung von dem Justizminister Bunge be-gnadigt worden. Zeigner wird am 21. August aus der Strafanstalt entlassen werden. — Wozu gibt es überhaupt noch ein Strafjustiz, wenn Leute wie Zeigner, die aus Gemeinnützigkeit der Straftat in den Arm gefallen und dafür gerade verurteilt wurden, begnadigt werden können? Daß er den in-budierten Kreisen angehört, macht seine Straftat und jetzt seine Begnadigung nur um so schmerzlicher. Das ist politische Justiz schmerzlicher Sorte.

Dem Bericht des Generalagenten für Repara-tionsabgaben zufolge hat Deutschland im Monat Juli 1925 an Reparationsabgaben ge-leistet 83 523 880,99 Goldmark, wovon auf Groß-britannien 15 104 782,65 M., auf Frankreich 40 241 881,92 M. und auf Belgien 9 888 521,88 M. entfielen. — Die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Juli von Deutschland bezahlte Repara-tionssumme beläuft sich auf insgesamt 840 315 236,66 M.

In Warschau fand gestern großer Empfang der ausländischen Teilnehmer der großen polnischen Herbstmanöver statt. Besonders der französische General Gouraud wurde herzlich gefeiert. Die „Gazeta Poranna“ nennt es eine glänzende Fiktion, daß die polnische Heeresführung gerade in den Offizieren stattfindet, wo „der mit Deutsch-land verbündete russische Kommunismus seine Wurzeln gegen Polen treibe“. Auch die Deutschen werde die „moralische Oberhand“ behaltend, die man dem russischen Bolschewismus durch die Manöver verleihe.

Französische Militärflugzeuge über Karlsruhe!

Ein Geschwader von sechs französischen Militär-flugzeugen hat gestern früh 8 1/2 Uhr in einer Höhe von etwas über 1000 m den Rhein bei Karlsruhe in östlicher Richtung überflogen. Ueber dem Karlsruhe Flugplatz landete sich das Geschwader nach Norden und flog über badisches Gebiet weiter.

Man stelle sich einmal vor, französische Militä-rflugzeuge fliegen über englisches Gebiet. Dann würden wir, die wir seit der Revolution nahezu jede Demütigung ruhig einstecken lassen, aus der Schärfe der englischen Proteste nicht leicht er-sehen, was für eine Frechheit diese Überfliegung deutschen Gebietes ist. Die Franzosen können sich

nicht damit entschuldigen, sie hätten sich verlogen. Denn das Abbiegen beim Flughafen Karlsruhe beweist, daß sie den Flughafen erkannt haben, was ja allgemein bekannt ist, da es ja heller Lichter Tag war. Trotzdem sind sie nicht auf befestigtes Gebiet zurückgekehrt, sondern einfach über freies deutsches Gebiet weitergeflogen.

Darin liegt eine bewusste Verletzung und Ver-lüftung Deutschlands. Proteste werden uns nicht viel nützen. Aber das Verhalten dieser französischen Flieger sei ge-bührend beiseitegelassen, es zeigt besser als irgend Reden der französischen Politiker, wie sich Frankreich in der Praxis die „Sicherheit“ des Vaterlandes und Eintritt in den Völkern-bund gar nicht gewähren will.

Notenwechsel mit Polen.

In einer am letzten Sonnabend vom polnischen Gelehrten Olesowski dem Reichsauswärtigen Dr. Stresemann überreichten Erklärung zur Opa-tantenfrage wird behauptet, daß die polnischen Opa-tanten zum bestimmten Termin Deutschland verlassen haben, während ein Teil der deutschen Opa-tanten sich den Bestimmungen des Wiener Ab-kommens nicht gefügt und Polen bis jetzt nicht verlassen hat. Diese deutschen Opa-tanten seien da-mit, so wird weiter ausgesührt, Ausländer ge-worden, die sich illegal im polnischen Staatsgebiet aufhalten und hiermit sämtlichen Maßnahmen unterliegen, die nach internationalen Recht sol-chen Vergehen gegenüber vorgehoben seien. Die polnische Regierung lehne jede Verantwortung für die Lage dieser Opa-tanten ab, sei aber bereit, den deutschen Behörden jedwede Unterstützung zu erteilen, damit deren Abreise, die in nächster Zeit erfolgen sollte, in einer Form stattdessen, die für sie noch ungelegenheit bringe.

In seiner gestern erteilten Antwort stellt das Auswärtige Amt gegenüber der polnischen Regierung fest, daß von den etwa 20 000 deutschen Opa-tanten, die zum 1. August abwan-derungs-gesetzlich waren, tatsächlich an-gefaßt 17 000 die Grenze überschritten haben. Die übrigen 3000 Personen seien zum weitaus größten Teil solche, denen auf Grund be-sonderer Abmachungen zwischen der deutschen Ge-meinschaft in Warschau und dem polnischen Mini-sterium des Äußeren ein Aufschub bewilligt wor-den ist.

Dagegen verließen von den pol-nischen Opa-tanten in Deutschland, deren Zahl zu Beginn des Jahres noch 14—15 000 betrug, bisher nur etwa 3500 das Reichsgebiet, da umfang-reicher Aufenthalt der polnischen Opa-tanten durch die polnischen Behörden in vielen Fällen nur mit Verpöschung die Abwan-derungsaufforderung ausstellen konnte. Damit be-finde sich der Hauptteil der polnischen Opa-tanten illegal auf dem deutschen Reichsgebiet.

Nach einem Hinweis auf die zahlreichen deut-schen Verurteile zu einem beiderseitigen Verzicht auf die Ausweisung der Opa-tanten zu gelangen, erklärt das Auswärtige Amt in seiner Antwort: „Tatsächlich hat Polen am 5. August dem Rest der deutschen Opa-tanten die Ausweisung befohlen, kinnen 48 Stunden das Land zu ver-lassen und dadurch die deutsche Regierung zu ent-sprechenden Gegenmaßnahmen gezwungen.“

Es liegt nun in der Hand der polnischen Re-gierung, der früheren deutschen Anregung auf einen beiderseitigen Verzicht der Ausweisung der Opa-tanten nach für diejenigen Opa-tanten entgegen zu kommen, die am 1. November d. J. und am 1. Juli nächsten Jahres auszuwandern haben und damit der Welt das bestehende Schandpiel noch zweimal sich wiederholend schmerz-lich machen zu ersparen. Die moralischen Folgen für die Folgen derzeitiger Zwangsmaßnahmen fällt daher lediglich der polnischen Regierung zu.“

Die deutsche Note ist erlautlich verständlich gehalten. Ob das die richtige Antwort auf die schändlichen unerhörten Drohungen Polens gegen Deutschland und auf die brutale Ausweisungs-art ist?

Im übrigen fören wir, daß die Zahl der seit dem Jahre 1920 bis zum heutigen Tage aus Deutsch-land nach Polen zurückgewanderten Opa-tanten etwa 60 000 beträgt. Zugleich haben 160 000 deutsche ihre polnisch geworden Heimat verlassen müssen. Die Zahl der seit Erlass der Ausweisungs-befehle aus Deutschland abgewanderten Polen beträgt nur 3000.

Aufreube in Tunis?

Wie die Londoner „Evening Times“ melden, hat die französische Regierung am 8. August die Hüfen in Tunis unter militärische Kontrolle gestellt.

Die „Morning Post“ meldet, zur Niederbrechung der unruhigsten ersten Aufstandsbestrebungen in Tunis haben die französischen Garnisonen Verhärtnungen aus dem Mutterlande erbeten und erhalten.

Daß Abd el Krim sich mit seinen eigenen Mannern gegen Frankreichs gewaltige Militär-macht halten kann, ist nahezu ausgeschlossen. Die bisherigen kleinen Erfolge der Franzosen sind zum größten Teil zu erklären aus dem — Wasser-mangel. Denn Quellen sind ganz außerordentlich selten, die Drückarbeiten haben meist lediglich lokal Trümpfer, als sie in der Regenzeit von den Dächern in die Zisternen sammeln können. Dieses Wasser reicht natürlich nur der Zahl der Dächer entsprechend für die normale Bevölkerung, und für all die fremden Truppen, die Trümpfer nur aus weiter Entfernung unter großen Schwierig-keiten und in ungenügender Menge, dazu durch die Sonne fast getrocknet, heranschafflich werden.

Abd el Krims Rechnung wäre lediglich von einer internationalen Verbindungsorganisation — oder von einem allgütigen Kampfen um Trümpfer in Afrika zu erfolgen. Darin liegt der Kernpunkt des Aufstandes über den Aufstand in Tunis.

Briand in London.

„Die wichtigste Besprechung seit dem Kriege.“

Wir haben die feste Hoffnung, daß Briand und Chamberlain alle den Sicherheitsrat betreffenden Fragen praktisch lösen können, ohne daß beiderseits der Eindruck eines Mißverständnisses überhand-nehmen würde. Ein zweifelhafte behaupten bleibt, aber man muß doch feststellen, daß die Kam-pagne, die ein Teil der englischen Presse führt, diese Lösung nicht erleichtert.

Die Londoner konservative „Morning Post“ hebt in einem Leitartikel die Gemeinsamkeit zahl-reicher französisch-britischer Interessen hervor und ermahnt beide Länder, ihre enge Zusammenarbeit fortzusetzen, nicht im Geiste der Feindschaft 1914—1918, sondern im Geiste der Freundschaft 1919—1925, sondern um eine gemeinsame Politik, die durch gemeinsamen Interessen diktiert sei, zu verfolgen.

Der „Daily Chronicle“ schreibt, der kurze Meinungs-austausch, der nicht länger als 3 Tage dauern werde, werde sich wahrscheinlich als die entscheidende Phase im wichtigsten Be-sprechungs-geschehen seit dem Kriege hat gefunden habe.

Der „Temps“ ist in Sorge.

Paris. Der „Temps“ schreibt: „Es genügt fest-zustellen, daß der Premierminister Baldwin seine Ministerkollegen erjucht hat, während der Verhand-lungen mit Briand London nicht zu verlassen.“

Die Aufgabe, daß der Staatssekretär für Aus-wärtige Angelegenheiten seine Kollegen jedesmal dann befragen kann, wenn eine wichtige Schwierig-keit sich im Bereiche der Besprechungen ergibt, oder wenn eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen ist, wird vielleicht die Dinge nicht er-leichtern, weiß man doch, daß sehr verschiedene Ansichten innerhalb der englischen konservativen Regierung zum Zuge treten.

Wie Polen für seine Ausgewiesenen sorgt.

Die polnische Regierung hat reiche Unter-stützungen für die aus Deutschland ausgewiesenen polnischen Opa-tanten angewiesen. Das General-konsulat Berlin ist mit mehr als einer Million Jota Interimsgeldern für die Zurückrei-senden versehen. Kopf mit ihnen, ohne Rücksicht auf Arbeits- und Berufstellung.

aus einem erstklassigen Berliner Restaurant zu den Hüfen gebracht, für Frauen und Kinder ist durch Bezahlung höherer Wagenstellen mit Bor-zung gesorgt. Auch an der Grenzabgabestelle sind reichhaltige Verköstigungen zur Lieber-nahme der Ausgewiesenen auf polnisches Gebiet vorgesehen. Vorgesorgt haben 1100, gestern 700 polnische Opa-tanten Berlin passiert.

Bisher hatten wir über „polnische Wirt-schaft“ über wenn das in schwerer Finanznot um seine Wahrung kämpfende Polen in so wü-rtiger und vorzüglicher Weise für seine Aus-gewiesenen sorgt, während die aus Polen vertrie-benen Deutschen nur Elend und miserables Dasein zum Empfang in Deutschland vorfinden; wie müssen wir da erst die Seenerwirtschaft be-zeihen? Traurig, traurig, wie wir herunter-gekommen sind, daß uns die „polnische Wirtschaft“ ein Vorbild geworden ist, hinter dem wir so unerschrocken weit zurückbleiben!

Aufruf der Deutschnationalen für die Vertriebenen.

Die Deutschnationale Volkspartei erläßt fol-genden Aufruf: Mit herzlicher Anteilnahme verfolgt der pol-nische Staat die treu zum alten Vaterlande hal-tenden Einwohner der Deutschland durch den Ver-trieb aus dem Reichsgebiet gezwungenen deut-schen

Provinzen. Viele Tausende deutscher Frauen und Männer, Greise und Kinder, Kranke und Schwache, sind jetzt durch die polnische Regierung erzwungen aus dem Haus und Hof vertrieben, nur um ihrer Treue zum Deutschland willen. In ihrer Hilflosigkeit sind sie von den nächstgelegenen Polen gezwungen, Fuß und Fuß zu verschleudern, das oft das Erbe und die Frucht jahrelangstun-gelänger mühseliger Arbeit war. Ihre Wohnstätten wurden beschlagnahmt und enteignet. Kopf häufig auf alle Mittel beraubt, treffen sie in Deutschland ein.

Pflicht des ganzen deutschen Volkes ist es, diesen unglücklichen Volksgenossen zu helfen, der Kriegsnot, die jetzt polnische Brutalität über sie gebracht hat, zu heuern.

Unser Ruf um Hilfe ergeht deshalb an alle deutschen Volksgenossen! Nehmt Euch Eurer deutschen von den Polen vertriebenen Landsleute an! Nehmt sie in Eure Betriebe auf! Gebt ihnen Unterkunft! Gebt ihnen die Möglichkeit, im alten Vaterlande wieder festen Fuß zu fassen!

Spendet Nahrungsmittel! Gebt Geld! Doch schnellste Hilfe tut not, so plötslich ist Elend, Jammer und Verzweiflung über unsere Landsleute gekommen. Deshalb ergeht vor allem der Ruf an alle deutschen Volksgenossen:

Gibt Eremal! Gebt reichlich, jeder nach seinen Kräften! Gebt schnell, doppelt hilft, wer schnell hilft! Auch die geringste Gabe wird gern entgegen-genommen!

Spenden aller Art, auch in kleinsten Mengen, dankbares Geld, Unterzinsdarlehen, nicht ver-schickliche Nahrungsmittel (z. B. Getreide und Hülsenfrüchte), auch in kleinen Paketen, bitten wir zu senden an die Lagerbestände des Flüchtlingslagers in Schneidemühl.

Die Deutschnationale Volkspartei. (gez.) D. Winder. Hoffentlich.

